

eine eigene Angelegenheit des Reichsbanners und der Verfechter des demokratischen Gedankens, die hinter ihm stehen, und wenn sein Führer in einem sachlichen Erlaß an die Mitglieder die Parole der Fernhaltung ausgegeben hätte, so hätte eine derartige Stellungnahme von allen denen geachtet werden können, die unter der Schwarz-weiß-roten Fahne das neue Reichsoberhaupt begrüßen. Was aber die Kundgebung Dörfings aus dem Rahmen einer internen Angelegenheit heraushebt, das ist der maßlose, heftige Ton des Erlasses, der mit unerhörten Schimpereien die Fortsetzung des Kampfes gegen Hindenburg und damit auch gegen das demokratische Prinzip bezweckt.

Dörfing spricht zwar auch von der Achtung, die dem Reichspräsidenten gebührt, und die er offenbar darin erblickt, daß er ostentativ nur von Herrn Hindenburg spricht. Aber wenn er dann diesem „Herrn Hindenburg“ vorwirft, er wisse, daß „in allen den Organisationen, die die Ehre zu einer privaten monarchistisch-hautkreuzerlichen Kundgebung der Republikfeinde“ ausgeschalten wollen, Landesverräter, Mörder aus politischen Motiven, Hochverräter und sonstige Verbrecher händen, wenn er es für „nicht tragbar“ erklärt, daß sich das Reichsbanner in Reich und Welt stelle mit jenen, die die verfassungsmäßigen Reichsfarben verdammen und beschimpfen, so ist das ein Beweis, daß der Sozialist Dörfing und mit ihm mindestens die 90 Prozent Sozialisten, die das Reichsbanner umschließt, auch nach der Wahl nicht aus der Atmosphäre politischer Verheerung herauszuholen oder -lösen, die sie über das politische Leben Deutschlands ausgebreitet haben. Dörfing schreckt sogar nicht davor zurück, wieder einmal die außenpolitische Feiur zu schlagen und es als eine außenpolitische Gefahr hinzustellen, wenn das Ausland den Eindruck gewinnt, daß Monarchisten und Republikaner dem alten Feldmarschall jubeln, der „für das Ausland nicht nur der Plahhalter der Monarchie, sondern sogar der Revanchemann“ sei. Der Erlaß

Dörfings ist eine offene Kriegserklärung an die Politik der Einigung, die der neue Führer Deutschlands mit aller Energie aufzunehmen gewillt ist. Und mit dieser Kriegserklärung in Verbindung mit dem mißgünstigen Vorhof gegen die Galtigkeit der Wahl Hindenburgs, hat die Sozialdemokratie, die nicht nur im Reichsbanner dominiert, sondern die auch zwei Drittel aller Verfechter des demokratischen Prinzips ausmacht, die Maske der „Volksgemeinschaft“ vom Gesicht genommen, die sie sich im Wahlkampf für Marx aufgelegt hatte. Sie fährt mit allen verwerflichen Mitteln den Kampf gegen Hindenburg und die Mehrheit des Volkes, damit aber ergibt sich zugleich auch ein scharfer Gegenlag der ehrlichen Anhänger des demokratischen Prinzips.

Das ist die tiefere Bedeutung des maßlosen Heftigkeit Dörfings. Und vielleicht ist es ein Zeichen beginnender Erkenntnis auf der Linken, wenn sich jetzt besonders in der demokratischen Presse die Stimmen bemerkenswert häufen, die sich gegen dieses Vorgehen Dörfings wenden. Hatte schon das „Berliner Tageblatt“ das Schreiben Dörfings mit einem Ausdruck des Bedauerns wiedergegeben, so tritt die ebenfalls demokratische „N. N.“ wie auch andere demokratische Stimmen lebhaft für eine Revision des Beschlusses ein. In sehr bemerkenswerter Weise nimmt jedoch der demokratische Vizepräsident des Berliner Polizeipräsidiums, Dr. Friede u. s. b. u. r. g., in einem „Schwarz-rot-goldene Staatspolitik“ über das Schreiben Dörfings Stellung. Er betont besonders, daß es außenpolitisch nur von größtem Nutzen sein könnte, wenn das neue Oberhaupt der Republik nicht ausschließlich von den Reichsverbänden, sondern gerade auch von den „Vertretern freier individueller und persönlicher Gedanken“ mit Ehren begrüßt werde. Und wenn er es weiter für angeeignet hält, dem Reichsbanner zuzurufen, daß seine „Daseinsberechtigung“ nicht allein darin beruht, eine Kampftruppe im Wahlkampf zu sein,

nicht nur Versammlungsschub und „Schmutz abzugeben“, sondern daß „auch treue Republikaner zweifelhaft geworden seien, ob der höhere Sinn dieses republikanischen Verbandes nicht anfangs verlorengegangen“, so läßt sich daraus doch eine gewisse Bekehrung herleiten, in diesen Stimmen mehr zu sehen als ein wertloses Bedauern über eine rein äußerliche Verletzung des demokratischen Prinzips und über ein Fehlen der Schwarz-rot-goldenen Fahnen bei den Feiern, die dem neuen Führer des Reiches gewidmet sind. Wir sind gewiß weit davon entfernt, derartige Neuerungen zu übersehen. Parteifreiheit und eine fallsch verhandene Interessengemeinschaft werden vermutlich noch lange härter sein als die Auseinandersetzung innerhalb der sich demokratisch gebenden Parteien um demokratische Grundsätze. Aber wenn jetzt auch die „Germania“ in einem Vortragsartikel betont, daß wir „an einem entscheidenden Wendepunkt unserer innerpolitischen Entwicklung angelangt“ seien, wenn sie die Möglichkeit anerkennt, daß die Wahl Hindenburgs Wirkungen haben könnte, die die Anhänger der vom Zentrum konsequent vertretenen Politik begrüßen könnten, wenn man damit die Bestrebungen des Zentrums und der Demokraten in Preußen in Verbindung bringt, eine Brücke nach rechts zu schlagen, so sind das doch Symptome, die keineswegs übersehen werden dürfen. Es zeigen sich hier zweifellos erste Reime einer Entwicklung, die durch die Wahl Hindenburgs ermöglicht worden sind, und die durch die Maßlosigkeiten der sozialistischen Dege nach dem Muffler Dörfings offenbar eher gefördert als gerührt werden. Denn in dem Maße, wie sich das Ansehensgefühl und auch ehrliche demokratische Ueberzeugung von den unfauleren Methoden des Reichsbanners im innerpolitischen Kampf abwenden, wie die reinen Klassenkampfziele der Truppe Dörfings erkannt werden, bereitet sich der Boden für die Politik des Ausgleichs und der nationalen Sammlung, die Hindenburg als Leitmotiv seines Programms aufgestellt hat.

# Die Reform der deutschen Sozialversicherung.

## Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

Berlin, 9. Mai. Im Verlaufe des Tages hielt Oberregierungsrat Dr. Paul Kaufmann, der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes, einen Vortrag über die Reform der deutschen Sozialversicherung.

Eine großzügige Reform müsse eine Anpassung für das Fürsorgebedürfnis unserer Zeit anstreben. Im Mittelpunkt der Reformvorläge stehe nicht der Gedanke möglicher Erhaltung des Bestehenden und einer Steigerung der bisherigen Fürsorgeleistungen, sondern eher eines organischen Umbaus der Fürsorgeleistungen. Notwendig sei unter den augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen eine gewisse Beschränkung bei der Umgestaltung, welche letztere zunächst kein anderes Ziel als das einer blickbaren Zwischenregelung als Uebergang zur künftigen Daueranbahnung der Sozialversicherung haben könne. Wesentliche Ueberorganisation müsse vor allem beibehalten werden. Der umständliche und komplizierte Betrieb der Versicherungsverwaltung sei zu vereinfachen. An eine beträchtliche Erweiterung des Versicherungsumfanges sei zurzeit nicht zu denken.

Als Vortragsreferent sprach dann Oberbürgermeister Dr. Zuppe (München). Er meinte, der Gedanke einer allgemeinen sozialen Fürsorge dürfe hier wohl heute ernstlich nicht mehr vertreten werden. Die üblichen Erfahrungen, die mit einer derartigen Lösung in der Erwerbslosenfürsorge in den ersten Jahren nach dem Kriege gemacht worden seien, dürften jedem Einrichtigen diesen Weg als Irrweg gezeigt haben. Am Hinblick auf die Frage eines Aufbaues oder Ausbaues der Sozialversicherung sei vollkommen richtig, daß der verlorene Krieg und die Reparationslasten es kaum als tragbar erscheinen ließen, weiter auszubauen, sondern einen gewissen Abbau nahelegten. Andererseits müsse man sich darüber klar sein, daß in vielen Fällen der Abbau keinerlei Expansions für die Gesamtwirtschaft bedeute. Für tieferegreifende Änderungen, besonders hinsichtlich des Ausbaues der Versicherungssträger oder hinsichtlich der Leistungen, erscheine dem Redner kein Bedürfnis vorhanden, oder aber die Zeit nicht geeignet.

## Die Weiterberatung der Unfallversicherung.

Berlin, 9. Mai. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurden die Änderungen in der Unfallversicherung weiter beraten. Insbesondere wurden die Vorschriften über die landwirtschaftliche Unfallversicherung durchgearbeitet. Hervorzuheben ist, daß nach der Regierungsvorlage für die landwirtschaftliche Unfallversicherung Krankengeld grundsätzlich auch in dem Fall durch die Krankenkasse geleistet werden soll, daß der Verletzte keinen Anspruch auf Krankengeld auf Grund der Krankenversicherung hat. Jedoch sollen hier in erster Linie die Landkrankenkassen und nur bei

deren Fehlen die allgemeine Ortskrankenkasse zuständig sein. Die Gemeinde wird also von der Gewährung der Krankengeldentbunden. Die neuen Vorschriften über die Heilanstalts- und Anstaltspflege werden in die Regierungsvorlage übernommen.

## Die Beschaffung von Realkredit.

Eine Entschließung des Ausschusses der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

Berlin, 9. Mai. Der Ausschuss der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse hat zu der Frage der Beschaffung von Realkredit folgende Entschließung gefaßt:

1. Der Ausschuss, in dem das gesamte deutsche Genossenschaftswesen vertreten ist, fühlt sich verpflichtet, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß es wirtschaftlich auf die Dauer unmöglich ist, den Kreditbedarf des deutschen Grundbesitzes weiter wie in den letzten Jahren fast ausschließlich im Wege des Personalkredits zu decken. Die Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Wirtschaft ist auf die Dauer nur möglich, wenn neben den kurzfristigen Betriebskrediten in ausreichendem Maße langfristige und billigere Realkredite zur Verfügung gestellt werden.

2. Der Ausschuss begrüßt daher lebhaft alle Bemühungen, Auslandskredit zu erträglichem Zinsfuß für diesen Zweck flüssig zu machen. Mit Rücksicht auf die erheblichen währungs- und wirtschaftspolitischen Bedenken, die einer weitgehenden Verschuldung des deutschen Grund und Bodens an das Ausland entgegenstehen, hält es der Ausschuss jedoch zugleich für erforderlich, daß, soweit wie irgendmöglich, die sich wieder langsam aufammelnden Inlandskapitalien für Zwecke des Realkredits nutzbar gemacht werden. Er hält es ferner für geboten, daß die deutschen Sparkassen und Versicherungsgesellschaften unternehmungen öffentlicher und privatrechtlicher Art ermächtigt und veranlaßt werden, die sich bei ihnen aufammelnden Mittel in möglichst großem Umfang in Pfandbriefen und anderen Schuldverreibungen von Realkreditanstalten anzulegen, wobei darauf hingewiesen wird, daß in diesem Punkte angesichts ihrer jederzeitigen Lombardsfähigkeit für die genannte Anstalt eine durchaus liquide Anlagemöglichkeit geboten ist.

3. Der von der Rentenbank-Kredit-Anstalt zu gewährende Realkredit ist mit Rücksicht auf die lange Dauer des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses einer zum Geschäftverkehr mit für zu gelandenden Kredit-Anstalt für entsprechende und lange Fristen zu überlassen. Öffentlich-rechtlichen Kredit-Anstalten, wie der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse gegenüber, müßte die Ueberlassung ohne besondere Sicherheitsleistungen und Formalitäten erfolgen.

4. Der Ausschuss bittet die zuständigen Regierungen des Reichs und der Länder, diesen Firmen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und mit allem Nachdruck auf eine Durchführung dieser Gedanken hinzuwirken.

## Die Fürsorge für die Westprovinzen.

Berlin, 9. Mai. Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm für die Kriegsjahre für das Rechnungsjahr 1923 folgende Entschließung an: Die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länderregierungen einzuwirken, 1. die Verwendung der früheren Straßburger Universitätsprofessoren in entsprechenden Hochschulstellungen in die Wege zu leiten und 2. die Unterbringung der aus dem Flüchtlingslager entlassenen Flüchtlinge so vorzunehmen, daß die sozialen und konfessionellen Ursprungsmilieu Rechnung getragen wird.

Abg. Mumm (Dn.) stellt fest, daß der Reichstag ohne jeden Unterschied der Parteien hinter die Reichsregierung im Kampf um die Sicherung des Rheines gegenüber den französischen Plänen, die Schifffahrt auf dem Oberrhein durch einen Kanal in Elzass-Lothringen auszuschließen, steht und die Stellung der Schweiz in der gleichen Richtung begrüßt. Ueber Rückhaltung des noch nicht liquidierten deutschen Eigentums, über das Nachlieferungsabkommen, die schwebenden Pariser und Londoner Abkommen, über Besatzungskosten und die Frage der Gutskritik deutscher Leistungen durch die Repto und die Recovery-Abgabe in England und Frankreich legt Ministerialdirektor Brandt den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit dar und knüpft daran vertrauliche Mitteilungen.

Ein Hauptziel der neuen Bestimmungen über den Sachlieferungsverkehr sei gemeint, die Wiederkehr von Vorgängen zu vermeiden, wie sie Ende 1922 zur Ruhraktion geführt haben. Der Lieferungsverkehr sei gewissermaßen entpolitisiert worden.

Abg. Mumm (Dn.) fordert Besserung der Wohnverhältnisse im besetzten Gebiet und Vorschläge auf nicht erhobene Kirchensteuern zur Hebung der Jungkindernot. Auch fordert er alsbaldige Festlegung der Gesamtlasten des Reiches gegenüber den Gemeinden, wofür immer noch die phantastische Londoner Ziffer von 132 Milliarden besteht.

Präsident Karpinski vom Reichsfinanzministerium teilte Maßnahmen mit, die von der deutschen Regierung unterzommen sind, um die Liquidationsrisikofäden auf die Annuität anzurufen. Diese Verrechnung habe die Repto abgelehnt. Die deutsche Regierung habe nun auf Grund des Londoner Abkommens noch die Möglichkeit, das Auslegungsschiedsgericht anzurufen. Der bisherige Standpunkt der Regierung sei durch die Ablehnung der Repto nicht erschüttert.

Reichsjustizminister Dr. Arensen erklärt u. a., es werde Aufgabe der Stellen sein, die Interessen des besetzten Gebietes speziell zu vertreten und dafür zu sorgen, daß das Dupations-

leistungsgesetz erhalten bleibt. (Sehr richtig.) Dafür werde auch der Reichsjustizminister mit allen Kräften eintreten. Sollte das Gesetz den gestellten Forderungen nicht genügen, dann sei noch immer der Weg gegeben, die Tarife im Wege der Gesetzgebung zu ändern.

## Beamtenforderungen.

Gegen die Verletzungen in den einseitigen Ruhestand. Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in eingehenden Erörterungen zur Behandlung der Personalabbau-Frage im Reichstag Stellung genommen, wobei er seine Entrüstung darüber ausdrückte, daß der Reichstag seit seinem Zusammentritt vier Monate hat verstreichen lassen, ohne in dieser Lebensfrage der deutschen Beamtenschaft Wandel zu schaffen. Das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses des Haushaltsausschusses entspreche in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Beamten. Die Beschlüsse dieses Ausschusses zu dem Kernpunkte der ganzen Personalabbau-Verordnung, der Verletzung in den einseitigen Ruhestand, bedeuten praktisch eine Verewigung des Beamtenabbaus. Insbesondere lassen die Beschlüsse des Ausschusses jede Verbesserung für die abgebauten Beamten vermissen. Der Gesamtvorstand des D. B. B. bringt erneut zum Ausdruck, daß ein Ausnahmerecht, wie es durch die Personalabbau-Verordnung geschaffen wurde, nicht länger mehr aufrechterhalten werden kann. Es wird daher erwartet, daß der Reichstag mit größter Beschleunigung die Personalabbau-Verordnung aufhebt, und daß das vor Erlaß derselben geltende Recht wiederhergestellt werde.

In der Besoldungsfrage weist der Gesamtvorstand des D. B. B. auf den Unterschied hin, der zwischen den Anfang Januar von den Parteien gestellten Anträgen und den bis jetzt gefaßten Beschlüssen besteht. Mit allem Nachdruck betont er die Dringlichkeit der auch von der Regierung und den Parteien für notwendig gehaltenen umfassenden Neuregelung der Bezüge. Die Vertagung des D. B. B. wird erübt, sofort nach Wiederzusammentritt des Reichstages erneut und eindringlich bei den Parteien vorstellig zu werden, damit diese die gegebenen Zusagen erfüllen, und der Beamtenschaft eine den Preisverhältnissen angepaßte Lebenshaltung ermöglicht werde.

## Neue Massenentlassungen im Ruhrgebiet.

Essen, 9. Mai. Am heutigen Sonnabend sind 4500 neue Entlassungen im Ruhrgebiete ausgesprochen worden. Auch die Bergarbeiterverbände haben Beschlüsse gefaßt nach Bereitstellung von besonderen Staatsmitteln für das Massener der Arbeitslosen im Ruhrrevier.

## Die Radikalisierung der S. P. D.

Berlin, 9. Mai. Wie wir erfahren, ist der Beschluß der Sozialdemokratischen Partei, die Wahl Hindenburg anzuerkennen, gegen ein sehr starkes Minderheit in der Partei geendet worden. Fast ein Drittel der Stimmen war gegen diese Absicht, darunter nahezu sämtliche prominenten Führer der alten Partei. Die Radikalisierung der Partei zeigt sich auch in der Wiederannahme von Besprechungen mit den Kommunisten über eine gemeinsame Bekämpfung der Steuer- und Zollvorlagen der Reichsregierung.

## Zurückziehung des kommunistischen Einspruchs gegen die Präsidentenwahl.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Berlin, 9. Mai. Die kommunistische Partei, die einen gesonderten Einspruch gegen die Galtigkeit der Reichspräsidentenwahl eingebracht hatte, hat diesen nach der Abweisung des SPD-Protokolls zurückgezogen.

## Reichsregierung und Presse.

Berlin, 9. Mai. In dem neuen Pressehaus, in dem der Verein deutscher Zeitungsverleger seine beruflichen Arbeitsräume mit einem künstlerisch kultivierten Heim zu gesellschaftlichen Zwecken vereinigt hat, empfingen gestern Abend die Mitglieder des Vorstandes des Reichsfinanzlers und die Reichsminister. Der 1. Vorsitzende Dr. Krumpholtz (Wegny) begrüßte den Reichsfinanzler und die Minister und gab dabei dem Wunsche Ausdruck, daß der Brauch, in politisch-gesellschaftliche Kultur zu pflegen, auch in Deutschland geistliche Fortschritte machen möge. Der Reichsfinanzler erwiderte mit einer humorvollen Rede.

## Die Gründung der europäischen Luftverkehrsunion.

Berlin, 8. Mai. Die auf Zusammenschluß abzielenden Verhandlungen einer großen Anzahl von Luftverkehrsgesellschaften des In- und Auslandes haben gestern, wie bereits kurz berichtet, zur Gründung der Aero-Union, einer kommanditgesellschaft auf Aktien, in Berlin geführt. Als Gründer sind folgende Firmen bezeichnet: Ad Astra-Aero, Schweizerische Luftverkehrs-A.G., Zürich, Aero D. N. in Helsinki, Estnische Luftverkehrs-A.G., Aeronaut in Kopenhagen, Aero-Transport-A.G., Stockholm, Danische Luft-Vloyd G. m. b. H., München, Dänische Lufttransport-A.G., Kopenhagen, Danziger Luftpost G. m. b. H., Danzig, Junkers-Roggenauwert-A.G., Dessau, Junkers-Luftverkehrs-A.G., Berlin, Lettlandische Luftverkehrs-A.G., Riga, Oesterreichische Luftverkehrs-A.G., Wien, Rumpler-Luftverkehrs-A.G., München, Schlesische Luftverkehrs-A.G., Breslau, Luftverkehrsgesellschaft Ruhrgebiet, A.G., Essen, Sächsische Luftverkehrs-A.G., Dresden, Südwestdeutsche Luftverkehrs-A.G., Frankfurt a. M.

Als geschäftsführender Geschäftsführer fungiert die Junkers-Luftverkehrs-A.G., Berlin.

## Um die Aufhebung des Passivums nach Oesterreich.

München, 8. Mai. Heute weilte der österreichische Gesandte Dr. Nibel in München, um die Stellungnahme der bairischen Regierung in der Frage der Aufhebung des Passivums zwischen Deutschland und Oesterreich kennenzulernen. Das brennende Interesse, das man in Oesterreich an der Beseitigung dieser Maßnahme hat, ist in Bayern nicht ganz so stark vorhanden, wegen der seit langem bestehenden Vergünstigung des nahen Grenzverkehrs. Da diese Bestimmungen aber nicht auf das Wirtschaft- und Handelszentrum Wien und Niederösterreich ausgedehnt sind, wird auch Bayern seinen ganzen Einfluß aufbieten, endlich das leidige Passivum zu beseitigen und die Vorkriegsverhältnisse wieder herzustellen.

## Das Strafverfahren gegen Castiglioni endgültig erledigt.

Als das Strafverfahren gegen Camille Castiglioni in Wien vor einem Monat mangels strafbaren Tatbestandes eingestellt wurde, stellt der Großindustrielle August Lederer den Antrag auf Erhebung einer Organisationsklage gegen Castiglioni, der aber in erster Instanz zurückgewiesen wurde. Jetzt hat das dortige Oberlandesgericht auch die gegen diese Abweisung seitens Lederers erhobene Beschwerde verworfen. Somit erscheint, wie die Wiener Blätter feststellen, die feinerzeitige Straffache Castiglioni erledigt.

## Die angebliche neue Milliardenanleihe Deutschlands.

Rotterdam, 9. Mai. Die „Morning Post“ bringt ein New Yorker Telegramm, wonach die dortigen Finanzkreise von einer deutschen Absicht, Ende des Jahres eine neue Milliardenanleihe aufzunehmen, durchaus nicht enttäuscht sind. Im New Yorker Bericht von etwa 2 Milliarden Goldmark. Vertreter des Morantbankes weisen seit Anfang Mai in Deutschland, ihr Aufsehen soll aber lediglich der Errichtung der Morantbank-Niederlassungen in Deutschland gelten.

## Das blonde Haar

erfordert besonders sorgfältige Pflege, da es leicht streift und dunkel wird. Alle 8 bis 14 Tage eine Kopfwäsche mit Schaumpon mit dem schwarzen Kopf mit Kamillenextrakt hält die gleichmäßige Farbe des Haares und gibt diesem duftiges, volles und glänzendes Aussehen. Schaumpon steht in seiner Wirkung einzig da. Ein Päckchen kostet nur 20 Pfennig. Man achte genau auf die Schutzmarke und lasse sich nichts anderes als ebensoviele empfehlen. Kälzinger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Chem. Fabrik, Berlin-Dahlem